

31. März 2012, 19:17, NZZ Online

Schweiz erlässt Haftbefehl gegen deutsche Steuerfahnder

Drei Beamten Wirtschaftsspionage vorgeworfen - Opposition in Deutschland empört



Die Daten-CD sorgt für erhitzte Gemüter. (Bild: Imago)

Die Schweiz hat Haftbefehl gegen drei deutsche Finanzbeamte erlassen. Sie sollen 2010 beim Kauf einer CD mit Daten von Kunden der Credit Suisse durch das Bundesland Nordrhein-Westfalen geholfen haben. Die Bundesanwaltschaft stellte ein Rechtshilfesuch an Deutschland.

chs./sda) Die Bundesanwaltschaft (BA) bestätigte einen vorab veröffentlichten Bericht der Zeitung «Bild am Sonntag». Laut BA-Sprecherin Jeannette Balmer besteht der «konkrete Verdacht, dass von Deutschland aus konkrete Aufträge zum Ausspionieren von Informationen der CS erteilt wurden».

Deutschland um Rechtshilfe gebeten

Das Bundesland Nordrhein-Westfalen hatte 2010 die CD mit Daten deutscher Kunden der Schweizer Grossbank Credit Suisse für 2,5 Millionen Euro von einem Informanten gekauft.

Balmer wies darauf hin, dass es bereits im Dezember im Zusammenhang mit dem Diebstahl von CS-Bankdaten im Dezember in der Schweiz zu einer Verurteilung gekommen sei. Die BA untersuche den Sachverhalt weiter.

Die BA habe die deutschen Behörden um Rechtshilfe ersucht. Einzelheiten zum Rechtshilfesuchen oder zum laufenden Verfahren könnten im jetzigen Zeitpunkt aber nicht bekannt gegeben werden.

Vorgehen ist «absolut unpolitisch»

Die Haftbefehle wurden an einem heiklen Zeitpunkt ausgesprochen: Die Schweiz und Deutschland befinden sich in Nachverhandlungen zu einem Steuerabkommen, welches die Versteuerung von Geldern deutscher Bankkunden auf Schweizer Konten regeln soll. Bundesanwalt Michael Lauber betonte aber im Schweizer Radio DRS die Unabhängigkeit der BA und verneinte einen Zusammenhang mit dem Steuerstreit zwischen den Nachbarländern.

Ob der Entscheid der BA auf die aktuellen Verhandlungen über Steuerabkommen Folgen hat, wollte Lauber nicht kommentieren. Er sagte aber: «Die Arbeiten der Bundesanwaltschaft sind absolut unpolitisch.» Der Vorgang laufe vollkommen unabhängig von irgendwelchen politischen Fragen.

Die Frage, ob die BA die Haftbefehle gegen die deutschen Finanzbeamten mit dem Bundesrat abgesprochen habe, beantwortete er ausweichend. Er sagte verallgemeinernd, dass bei Fällen von Wirtschaftsspionage eine «enge, gute Kultur» mit der Regierung gepflegt werde.

«Nur die Pflicht getan»

Die Regierungen beider Länder hatten sich im August 2011 bereits auf ein Steuerabkommen geeinigt. Die deutschen Oppositionsparteien - die in der Länderkammer die Mehrheit innehaben - stellten sich im Parlament jedoch quer: Sie sagen, mit dem Abkommen würden die Steuersünder zu gut wegkommen und verlangen Nachverhandlungen.

Entsprechend empört reagierte die Opposition auf die Haftbefehle aus der Schweiz. Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft von der sozialdemokratischen SPD sagte zu «Bild am Sonntag»: «Wir verwahren uns als Land Nordrhein-Westfalen davor, dass unsere Mitarbeiter in ein kriminelles Licht gerückt werden.» Die Steuerfahnder hätten nur ihre Pflicht getan. Das sei ein «ungeheuerlicher Vorgang».

«Ein bodenloser Skandal»

(sda/ddp) Für den Fraktionschef der Grünen im Bundestag, Jürgen Trittin, ist der Haftbefehl gegen deutsche Steuerfahnder «ein bodenloser Skandal». Offensichtlich wolle die Schweiz im Kampf gegen Steuerhinterziehung nicht mit Rechtsstaaten kooperieren. «Schlimmer: Jetzt wird offensiv der Schweizer Staat zum Schutz von Kriminellen eingesetzt», sagte Trittin. Das müsse Auswirkungen auf die Verhandlungen zum Steuerabkommen haben.

Der frühere Bundesfinanzminister Peer Steinbrück sagte dem Schweizer Radio am Rande des SPD-Landesparteitags in Düsseldorf: «Die Schweiz verwechselt Ursache und Wirkung. Was die nordrhein-westfälischen Finanzbeamte machen, ist die Wirkung davon, dass die Schweiz beziehungsweise die Schweizer Bankinstitute vorsätzlich deutsche Steuerbürger zum Steuerbetrug einladen. Das ist der Skandal.»

Und der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel nahm das geplante Steuerabkommen ins Visier: «Die Bundesregierung verhandelt ein Abkommen mit der Schweiz, wo sie gegen ein bisschen Geld diese Straftaten in Zukunft legitimieren will.»

Steuerabkommen erneut kritisiert

Gleichzeitig äusserte sie massive Kritik am geplanten Steuerabkommen und bekräftigte die Ablehnung der SPD: «Es gibt nach wie vor zu grosse Schlupflöcher für deutsche Steuerbetrüger.» «Das ist den ehrlichen Bürgerinnen und Bürgern nicht vermittelbar.»

Norbert Walter-Borjans (SPD), der Finanzminister des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, warf der Schweiz vor, Ursache und Wirkung zu verwechseln. Täter seien nicht die Finanzbeamten aus NRW, sondern deutsche Steuerflüchtlinge und die Schweizer Banken, die ihnen helfen. Der Minister sicherte den drei Beamten jede Unterstützung zu.

Schäuble signalisiert Verständnis

Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble von der christdemokratischen CDU zeigte hingegen Verständnis für das Vorgehen der Schweiz. Die Schweiz sei ein Rechtsstaat, in dem die Verletzung des Bankgeheimnisses mit Strafe geahndet werde.

Das geplante Steuerabkommen mit der Schweiz sei deshalb durch die Haftbefehle «gar nicht» betroffen. Schäuble wies darauf hin, dass mit dem geplanten Abkommen solche Strafverfolgungen verhindert werden könnten. Die von SPD und Grünen geführten Länder lehnen das Abkommen ab.

Von 2013 an sollen Erträge deutscher Anleger in der Schweiz mindestens genau so hoch besteuert werden wie in Deutschland. Nach Schätzungen haben deutsche Anleger zwischen 130 und 180 Mrd. Euro illegal in die Schweiz geschleust.